

## Im virtuellen Kollektiv gesprochen

### Ein Beitrag von Sabeth Buchmann

Kunsthistorikerin und Professorin am Institut für Kunst- und Kulturwissenschaften  
(erschieden in Texte zur Kunst am 1.4.2020)

Care-Arbeit in Zeiten von Corona. Während für „home office work“ und Homeschooling nach wie vor hauptsächlich die Mütter zuständig sind, wird virologische Expertise derzeit meist von Männern repräsentiert. Dieser Trend drückt sich nicht zuletzt auch in einem politischen Heroismus „männlichen Typs“ aus: Sogar von linksliberalen Medien ist dieser Tage ein Lob auf „starke“ Führungspersönlichkeiten wie Sebastian Kurz oder Markus Söder zu vernehmen. Im zweiten Beitrag der Kolumne „Notes from Quarantine“ in *Texte zur Kunst* unternimmt die Kunsthistorikerin Sabeth Buchmann eine Rückschau auf die von feministischen Künstlerinnen und Theoretikerinnen geforderte Notwendigkeit kollektiver Selbstorganisation. Damit führt sie uns nicht nur auf eine Reise durch just jene Gebiete, die mittlerweile Drehscheiben der Corona-Krise sind. Es ist diese Reise auch ihrerseits dem kollektiven Austausch der Autorin mit Freundinnen und Kolleginnen zu verdanken.

Gestern, am 23. März, bei der morgendlichen Gymnastik, die ich derzeit ernster nehme als in „normalen“ Zeiten, war ich froh, Manuela Schwesig, die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, im Deutschlandradio zu hören: Endlich einmal sagte eine auf ruhige Weise (sinngemäß), dass derzeitige Härtedemonstrationen und das (vermeintliche) Vorpreschen mancher ihrer Kollegen keinen Sinn machten. Die Bundesländer seien sich bezüglich der gegen die weitere Ausbreitung von COVID-19 zu ergreifenden Maßnahmen ohnehin einig. Allgemein bemerkt wurden in den letzten Tagen ja auch die besonnenen und gegen Panikaktionismus gerichteten Worte Angela Merkels; ich gehöre zwar zu jenen, die sich von ihr auch ein Bekenntnis zur Aufnahme von Flüchtlingen aus den griechischen Lagern gewünscht hätten und teile die Erschrockenheit über die weitgehend unwidersprochene „Unterscheidung zwischen Menschenleben, die es offiziell zu betrauern, und solchen, die es nicht zu betrauern gilt“ (ich paraphasiere hier Francesca Brusa, eine in Mailand lebende und seit Wochen in ihrer Wohnung isolierte Dissertantin, die in unserem gestrigen Skype-Gespräch diesbezüglich Judith Butler zitierte). Doch auch wenn Merkel im augenscheinlich beschränkten Rahmen eines technokratisch-konservativen Pragmatismus operiert, fiel der Unterschied zu den dieser Tage auch von linksliberalen Zeitungen gefeierten „starken“ Führungspersönlichkeiten wie Sebastian Kurz oder Markus Söder und dem unübersehbaren Trend zu Heroismus „männlichen Typs“ auf – und hier reicht nur ein vom Auslandsressort der gestrigen *SZ* nach Ungarn, Polen, Israel und Großbritannien geworfener Blick, um zu sehen, dass und wie sehr patriarchaler Heroismus auf eine weitere als ohnehin vonstatten gehende Affirmation autokratischer Herrschaftsformen und damit auf einen Abbau von Demokratie und Mitspracherecht hinausläuft: Dass diese Herrschaftsformen nicht nur Frauen, sondern eben auch sogenannte Minderheiten betrifft, braucht Leser\*innen dieses Mediums sicherlich nicht erklärt zu werden. Kurz nachdem ich die *SZ*-Ausgabe und das Feuilleton auf Deutschlandradio (mit einer ansonsten seltenen Ausführlichkeit) gelesen und gehört hatte, skypete ich mit Francesca, die zu Darstellungs- und Produktionsweisen postfordistischer und feminisierter Arbeitsformen in der Gegenwartskunst forscht und die von steigenden Zahlen häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder in Italien berichtete (auch meine als Traumapädagogin in Bremen tätige Schwester Ina Buchmann-Mathy verweist auf entsprechende Befürchtungen hierzulande [1]) und davon, dass vor allem Mütter für die Organisation von *home office work* und Homeschooling zuständig seien: Ein Befund, der in Zeiten, in denen stets darauf verwiesen wird, dass vor allem ältere Männer mit Vorerkrankungen zu den gefährdetsten Bevölkerungsgruppen zählen, unbedingte Erwähnung verdient.

Überlegend, eine Kolumne zu „Kunst in Zeiten der Corona-Krise“ zu schreiben, fiel mir in diesem Zusammenhang die von Nataša Petrešin-Bachelez und Giovanna Zapperi zuerst für das Museum LaM in Lille und anschließend für die Reina Sofia in Madrid kuratierte Ausstellung „Defiant Muses. Delphine Seyrig and the Feminist Video Collectives in France in the 1970s and 1980s“ [2] ein: Ich war mit zwei Freundinnen, der Kuratorin Ilse Lafer und der Künstlerin Constanze Ruhm, Mitte Februar in Madrid, und wir waren im positiven Sinne des Wortes überwältigt von der Fülle an aktivistischen Videos, die die französische Schauspielerin (1932–1990) zusammen mit der Videomacherin Carole Roussopoulos (1945–2009) und der Übersetzerin Ioana Wieder (geb. 1932) im Rahmen ihres Les Insoumuses genannten Kollektivs produziert hatte. Neben einer Dokumentation über die UN-Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi, in denen in unterschiedlichen Sektionen frauenpolitische Agenden, darunter Reproduktionsmedizin und Gesundheitsversorgung, ausführlich erörtert wurden,

hatte auch eine Reihe anderer Videos erwartungsgemäß Fragen der herrschenden Körper- und Geschlechterpolitik, so der sexuellen Selbstbestimmung, Verhütung und Abtreibung zum Thema. Die Arbeiten, die wir uns hierzu über zwei Tage hinweg anschauten, ließen ein in den 1970er und 1980er Jahren im Rahmen der Frauenbewegung offenbar ausgeprägtes Bewusstsein um die Notwendigkeit nicht nur der „Sorge um sich selbst“ (Foucault), sondern auch der solidarischen Etablierung lokaler und internationaler Infrastrukturen inklusive kollektiv geteilter Erfahrungen und Wissenspraktiken zur Verbesserung der oftmals katastrophalen sozialen und gesundheitlichen Situation von Frauen und Mädchen erkennen. Bevor ich mich gestern Morgen auf die Gymnastikmatte begab (Sorge um mich selbst), las ich noch die Meldungen des Tages: Madrid, wo wir im vergangenen Monat noch unsere dortigen Freund\*innen in Tapasbars trafen, gilt hinsichtlich COVID-19 inzwischen als gefährlichste Hauptstadt Europas. Dies erinnerte mich an die Schweinegrippe, die mich zuletzt 2009 in Spanien Handschuhe tragen und Desinfektionsmittel nutzen ließ. Elf Jahre des damals längst grassierenden und seither fortgesetzten Neoliberalismus später scheint das derzeitig mehr oder weniger überall existierende Problem auch am unzureichenden Gesundheitssystem zu liegen. Bereits als eine in der westdeutschen Provinz aufgewachsene Jugendliche erlebte ich, wie in proto-neoliberalen Zeiten kleinere, für unwirtschaftlich gehaltene Krankenhäuser geschlossen wurden. Mit ihnen starben nach und nach lokale Infrastrukturen, so der Einzelhandel und die Regionalbahnhöfe. Auch dies betraf vor allem die Frauen, deren Männer mit dem Auto zur täglichen Arbeit fuhren, und die, wenn Familienmitglieder oder Freund\*innen in Krankenhäusern zu besuchen oder Einkäufe zu tätigen waren, dies per Busfahrt in die Ballungszentren bewältigen mussten. Unter anderem gehören diese Frauen heute (neben den laut offiziellen Zahlen besonders gefährdeten alten Männern) zu jenen, die, da sie ihren Lebensabend nicht in Senior\*innen- oder Pflegeheimen verbringen wollen oder können, von zumeist polnischen Pflegerinnen versorgt und betreut werden. Dabei handelt es sich um die sogenannten „migrierende[n] Care-Arbeiter\*innen, etwa in der 24-Stunden-Pflege“, die „keine Lohnersatzleistungen“ erhalten. [3] Ein entsprechender *Standard*-Artikel bezieht sich auf die Politikwissenschaftlerin Birgit Sauer an der Uni Wien, der zufolge aus osteuropäischen Ländern rekrutierte Pfleger\*innen und Betreuer\*innen „nun ihren Arbeitsplatz wegen der Grenzsicherungen [verlieren] – ohne jegliche soziale Abfederung“ [4]. Dieser „Pflegeengpass“, so Sauer weiter, sei „das Ergebnis einer neoliberalen Zuspitzung bei der Organisation der Care-Arbeit. Dies habe zu einer Ausdünnung im Pflegebereich geführt und die Pflegearbeit jenseits nationaler Grenzen organisiert.“ [5] Wäre interessant zu wissen, ob der österreichische Kanzler befürchtet, dass bei Aufwertung weiblicher Care-Arbeit die von polnischen Frauen finanzierten Familienmitglieder nachziehen könnten.

Derzeit ist von der Aufrechterhaltung „kritischer Infrastrukturen“ die Rede, und ich frage mich, welche der für nicht unbedingt lebensnotwendig gehaltenen Basisdienste die prognostizierte Weltwirtschaftskrise überstehen werden – eine Frage, die mich zurück zu der im Rahmen der Frauenbewegungen von aktivistischen Künstlerinnen und Theoretikerinnen erkannten Notwendigkeit selbst organisierter Infrastrukturen und einer Reise führt, die ich Ende Februar gemeinsam mit Ilse Lafer nach Luzern unternahm, um im dortigen Kunstmuseum die erste, „innenaußeninnen“ betitelte Retrospektive der in Mailand lebenden Künstlerin Marion Baruch zu besuchen. 1949 vor antisemitischer Verfolgung in Rumänien geflüchtet und nach Israel ausgewandert, wo sie an der Bezalel-Akademie für Kunst und Design bei Mordecai Ardon, einem Bauhauskünstler, studierte, kam sie Mitte der 1950er Jahre mit einem Stipendium an die Accademia di Belle Arti in Rom und pendelte ab den 1960er Jahren mehrere Jahrzehnte lang zwischen Gallarate bei Mailand und Paris: Orte, die sie mit der Frauenbewegung und den Sans-Papiers in Kontakt brachten. So erlebte sie die von der Kunstkritikerin und Theoretikerin Carla Lonzi (1931–1982), der Künstlerin Carla Accardi (1924–2014) und der Journalistin Elvira Banotti (1933–2014) 1970 in Mailand gegründete Gruppe Rivolta Femminile: Dem damaligen US-amerikanischen Feminismus vergleichbar trat diese für eine „Praxis der Selbstbewusstwerdung“ im Rahmen von „Consciousness Raising Groups“ ein, die in Abkehr von männlich beherrschter Expertokratie (unschwer sich vorzustellen, was sie zur weißbekittelten, in der Hauptsache männlichen Repräsentation virologischer Expertise gesagt hätten) um Souveränität über den weiblichen Körper und egalitäre Mitbestimmung kämpften: Dies beinhaltete, der Praxis von Les Insoumuses vergleichbar, ausführliche Debatten und die Planung gemeinsamer Aktionen. Es ging ihnen um nichts weniger als um die Verwirklichung „einer Gemeinschaft nicht-männlichen Typs“ [6] – eine Utopie, die sich auch an Marion Baruchs Werken ablesen lässt.

Noch im Zug nach Luzern erfuhren wir, dass die Eröffnung von „innenaußeninnen“ ohne Publikum stattfinden würde – die Kantonsregierung hatte kurzfristig entschieden, dass nur geladene Gäste, zu denen wir glücklicherweise zählten (und auf gar keinen Fall lombardische Fans) zugelassen sein sollten. Augenscheinlich war es kein Problem, eine Kunstinstitution von jetzt auf gleich

herunterzufahren. Dass eilig ein Desinfektionsmittelpender am Eingang des Museums angebracht wurde, fanden wir damals, Ende Februar, noch ein Foto wert. Auf meiner Weiterreise von Luzern nach Innsbruck war der Zug ab Zürich voller Skitourist\*innen, die, da sie keinen Platz mehr fanden, dicht gedrängt in den Gängen standen. Eine Hamburgerin, die auf dem Weg nach St. Anton am Arlberg war, überließ mir eher widerwillig den freien Platz neben ihr, auf dessen Reservierung sie, wie sie mir bedeutete, trotz Stornierung ihres abgesprungenen Reisebegleiters bestand. Erst als sie sich vergewissert hatte, dass ich weder hustete noch nieste (was angesichts meiner Desinfektionsmittelallergie schwer genug zu bewerkstelligen war), wurde sie freundlicher. Beide auf dem Weg nach Tirol (ich in ein einsames Haus, in dem ich mich mit meinem Freund Rainer Bellenbaum zum Wandern verabredet hatte), erzählte sie mir von der SMS einer Freundin, der zufolge es in den Bergen völlig entspannt sei. Knapp zwei Wochen später las ich in den Medien, dass St. Anton neben Ischgl als eine in fahrlässiger, um nicht zu sagen: krimineller Weise unterschätzte „Drehscheibe“ des Corona-Virus zwischen Italien und den nördlichen EU-Ländern gilt. Neben der Landesregierung steht nun ein ÖVP-verbundelter Tourismuslobbyist am Pranger; trotz warnender Hinweise aus Dänemark und Island blieben Lifte, Hotels und Après-Ski-Lokale zunächst geöffnet – eine augenscheinlich als unverzichtbar geltende Infrastruktur. Die seit der ersten Märzwoche mehr oder weniger täglichen Stärkedemonstrationen von Kurz, Söder & Co. können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Politik viel zu spät reagiert hat – spätestens Ende Februar herrschte in den anderen Alpenregionen Großalarm.

Einige Stunden nach dem Homeoffice-Privatissimum mit meiner Mailänder Dissertantin traf ich zufällig vor einem Kreuzberger Bioladen meine Freundin Katja Diefenbach, und wir winkten uns halb amüsiert aus geschätzten eineinhalb Metern, sprich: mit jenem Abstand zu, an dem es seit Merkels Rede nun endgültig kein Rütteln mehr gibt. Ich erzählte Katja von meiner Kolumne, die sie mit der Feststellung kommentierte, dass angesichts der Omnipresenz von Expertenmeinungen ein gemeinsamer Erfahrungsaustausch, eine Kontextualisierung der täglich auf uns einprasselnden Informationen sowie eine Debatte um divergierende Einschätzungen fehlten. Mir ging in diesem Moment Francescas Bemerkung durch den Kopf, dass es jetzt darauf ankäme, vernünftige und lebensrettende Gesundheitspolitik (zu denen sie die immer strikteren Erlässe Contes zählt) zu verteidigen und von herrschaftsstabilisierender Biopolitik zu unterscheiden. Dies aber sei gerade derzeit alles andere als einfach, auch deshalb, weil das eine für uns ununterscheidbar mit dem anderen verschimme. Katja entgegnete, dass sie keine Möglichkeit sähe, zwischen guter und schlechter Biopolitik zu unterscheiden. So schreibt sie in einem Kommentar zu meinem Text: „Die Verteidigung des Lebens im Namen der Gattung und des Überlebens, also im Namen der Vitalität, wirkt immer überzeugend. Bio-Macht bedeutet ja, dass in dehnbaren, oszillierenden, historisch zwischen Disziplin und Kontrolle, zwischen panoptischen und partizipatorischen Praktiken schwankenden Dimensionen Herrschaft sich in Rationalität verankert. Sie verknüpft Selbst- und Fremdbestimmung. Sie durchquert das Innerste der Menschen und übt gleichzeitig statistische Kontrollen aus, die in einem Zusammenhang von Wert und Nutzen wirken sollen. Deshalb ist sie nie universal, sondern an immer wieder neu gezogenen Grenzen zwischen Lebenswertem und Überflüssigem geteilt, und das in ziemlich dynamischen Graden, aber auch in harten Unterscheidungen. Das können wir an den EU-Außengrenzen sehen, aber auch an der Ökonomisierung des Gesundheitssektors.“ [7] Während ich ihren Kommentar einfüge, schickt mir Ilse ihren: Sie frage sich, ob uns die Krise „zurückfallen lasse [...] in Rollenmodelle, von denen wir geglaubt haben, dass sie hinter uns liegen [...], oder ob sie nur das spiegeln, was (latent) immer noch gesellschaftskonstitutiv [sei]. Worüber sie nachdenke: „Die Ununterscheidbarkeit zwischen Ansteckung und Kontrolle und dass die Kontrolle der Ansteckung immanent ist. Sind wir doch ehrlich: Unser Denken ist auf (gut oder schlecht) kontrollierte Weise längst infiziert und man/frau muss Maßnahmen setzen, um diese Ansteckung im Denken ‚unter Kontrolle‘ zu halten. Und weiter: Die ‚kontrollierte Ansteckung‘ überfordert kontrolliert – der Syrienkrieg, die Flüchtlingsproblematik, politischer Machismo, das *care taking* der Frauen sind an den Rand des Denkens gedrängt. Ja, und es bedarf vielleicht des kollektiven Austausches (à la Lonzi), um den Rand wieder in die Mitte zu ziehen. Nicht einfach ...“ [8]

Dank der einst unter anderem von Mailand ausgegangenen feministischen Revolte wissen wir zum Glück, dass entscheidende Differenzierungen nur durch kollektives Studium geleistet werden können: Ein Studium, das unbedingt auch jenes von Ilse angesprochene „infizierte Denken“ zum Thema haben sollte, das unsere Körper aus Gründen, denen wir derzeit kaum zu widersprechen vermögen, auf allzu (vor-)laute und von uns noch unbegriffene Weise regiert.

## Anmerkungen

[1] Sie schreibt in einer privaten E-Mail, dass bislang noch keine belastbaren Zahlen vorlägen.

[2] Siehe Besprechung im aktuellen Heft von Maite Garbayo Maeztu, „We will tell ourselves through video“, in: *Texte zur Kunst*, Property/ Eigentum, 117, 2020, S. 200–203.

[3] Beate Hausbichler, „Was vom Lob für ‚Frauenarbeit‘ bleiben wird“, in: *Der Standard*, 4. März 2020, <https://www.derstandard.at/story/2000116080331/was-vom-lob-fuer-frauenarbeit-bleiben-wir>.

[4] Ebd.

[5] Ebd.

[6] Carla Lonzi, „Wir pfeifen auf Hegel“ [1970], in: Dies.: *Die Lust Frau zu sein*, Berlin 1975, S. 22. In diesem Zusammenhang sei die von Ilse Lafer im Museion Bozen kuratierte Ausstellung „Doing Deculturalization“ (13.4.–3.11.2019) erwähnt, die direkten Bezug auf Lonzis Hegel-Polemik und der darin von Lonzi geforderten Dekulturalisierung als Ausgangspunkt nicht männlicher Subjektivierung nahm. Auch Constanze Ruhms neueste, im Rahmen der diesjährigen Berlinale gezeigte Produktion *Gli appunti di Anna Azzori. Uno specchio che viaggia nel tempo* (2019) bezieht sich in kritischer Auseinandersetzung mit Alberto Grifis und Massimo Sarchielli's Film *Anna* (1975) auf Carla Lonzi und die Rivolta Femminile.

[7] Private E-Mail zwischen der Theoretikerin Katja Diefenbach und mir.

[8] Private E-Mail zwischen Ilse Lafer, Constanze Ruhm und mir.